

Manfred Görtemaker

Vermächtnis und Verpflichtung – Potsdam und der 20. Juli

Vortrag von Prof. Dr. Manfred Görtemaker am 17. Juli 1996 in der Henning-von-Tresckow-Kaserne, Potsdam

Der 20. Juli 1944 ist für uns – zumal hier in Potsdam, wo so viele Spuren des gescheiterten Umsturzversuches gegen Hitler zu finden sind – Vermächtnis und Verpflichtung zugleich. Er ist Vermächtnis, weil das Attentat als Akt soldatischen Widerstandes gegen einen verhassten Diktator ein Signal gesetzt hat, das es in seiner historischen Dimension und Bedeutung immer wieder neu zu erkennen gilt. Und er ist Verpflichtung, weil die Opfer des 20. Juli nicht umsonst gestorben sein dürfen. Die soldatische Auflehnung gegen ein unmenschliches Regime vor nunmehr 52 Jahren sollte auch heute noch Anlass sein, eine klare Trennung zwischen Tyrannei und Humanität vorzunehmen und diese zur Richtschnur des eigenen Handelns zu machen, selbst wenn dies im Einzelfall schwer überwindbare persönliche Widersprüche und Konflikte mit sich bringen mag. Das gilt für Soldaten wie für Zivilisten gleichermaßen. Die eigene Überzeugung und die eigene Moral, so die Botschaft des 20. Juli, können in bestimmten Fällen wichtiger sein als vorgeblich höhere Ideen oder das, was als Staatsräson ausgegeben wird.

In der alten Garnisonstadt Potsdam, wo heute das IV. Korps der Bundeswehr beheimatet ist, wo das Militärgeschichtliche Forschungsamt soeben einen neuen Standort erhalten hat, und wo an der Universität zum kommenden Wintersemester ein Lehrstuhl für Militärgeschichte – der einzige in der Bundesrepublik überhaupt – eingerichtet wird, haben wir besonderen Anlass, uns mit diesem Erbe, dem Vermächtnis und der Verpflichtung des 20. Juli zu beschäftigen. Viele Wege des militärischen Widerstandes gegen Hitler führen nach Potsdam. Lassen Sie mich dieser Tatsache zunächst einige Worte widmen, ehe ich auf die Bedeutung eingehe, die daraus meines Erachtens für die Gegenwart und die Zukunft erwächst.

1994, anlässlich des 50. Jahrestages des 20. Juli, veranstaltete das Militärgeschichtliche Forschungsamt gemeinsam mit dem Potsdam-Museum eine Ausstellung „Potsdam und der 20. Juli 1944“, in der man des militärischen Widerstandes gegen Hitler und das NS-Regime von 1933 bis 1945 aus Potsdamer Perspektive gedachte. Im gleichen Jahr ging auch Ines Reich in einem sehr beachtenswerten Buch mit dem Titel „Potsdam und der 20. Juli 1944“ den Spuren des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Potsdam nach. Sie können dort im Detail nachlesen, wie eng das Ereignis des 20. Juli und seine Vorgeschichte mit Potsdam verknüpft sind – viel enger übrigens, als es regionale Forschung, Geschichtsschreibung und Traditionsbild bis dahin zumeist auswiesen. Einige der späteren Hitler-Gegner wurden in der Stadt geboren, wie Adam von Trott zu Solz oder Georg Sigismund von Oppen. Viele wuchsen hier auf, besuchten die städtischen Schulen, hatten hier ihre entscheidenden Bildungserlebnisse und machten ihre ersten prägenden Erfahrungen, unter ihnen nicht zuletzt Helmuth James Graf von Moltke, der Begründer und führende Kopf des Kreisauer Kreises, der 1925 gemeinsam mit Prinz Louis Ferdinand und Prinz Wilhelm von Preußen das Abitur am Realgymnasium Kaiser-Wilhelm-Straße/Ecke Hohenzollernstraße (heute Hegelallee/Ecke Schopenhauerstraße) ablegte.

Auch viele der am 20. Juli 1944 Beteiligten lebten und arbeiteten in der Stadt. Sie dienten zumeist als Offiziere in Potsdamer Truppenteilen, besonders im Infanterie-Regiment Neun, im vierten Garde-Feldartillerie-Regiment und im Artillerie-Regiment Drei, wie General Fritz Lindemann und Generalmajor Hellmuth Stieff. Andere hatten ihren Wohnsitz in Potsdam, arbeiteten aber in Berlin, wie General Karl Heinrich von Stülpnagel, Botschafter a. D. Ulrich von Hassell, Legationsrat a. D. Eduard Brücklmeier, Adolf-Friedrich Graf von Schack, Hauptmann d. R. Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin von Schwanefeld, Hermann Maaß und Oberst Siegfried Wagner. Ihre Wohnungen waren oft Ort konspirativer Treffen, wie die Villa von Oberstleutnant d.R. Fritz von der Lancken auf dem Mühlenberg, wo auch die Sprengladung versteckt war, die Hitler bei der Lagebesprechung im Führerhauptquartier am 20. Juli töten sollte. Am Nachmittag des 19. Juli holte sie der Krafftfahrer Graf Stauffenbergs, der Gefreite Karl Schweizer, dort ab, um sie in Stauffenbergs Wohnung nach Berlin-Wannsee zu bringen.

Nach dem Attentat führte der Fluchtweg mancher Beteiligten wiederum über Potsdam. So bot die Stadt Carl Friedrich Goerdeler und Fritz Lindemann kurz Aufenthalt und Schutz. Jakob Kaiser konnte sich hier von September 1944 bis Mai 1945 bei Gertrud Droste im Keller ihrer Babelsberger Wohnung verstecken und überlebte so Verfolgung und Krieg, wurde später Vorsitzender der Ost-CDU und schließlich – nach seiner Entmachtung durch die Russen 1947 – Vertriebenenminister im ersten Kabinett Adenauer.

Die Bedeutung Potsdams für den 20. Juli ergibt sich naturgemäß zum Teil aus seiner geographischen Lage in unmittelbarer Nähe zur Hauptstadt Berlin sowie aus seiner Rolle als Standort wichtiger Truppenteile. Aber das Ausmaß des Widerstandes gegen Hitler in Potsdam bedarf doch einer weiter gehenden Erklärung. Denn von den 29 Stabsoffizieren und Hauptleuten, die Anfang 1933 beispielsweise im Infanterieregiment Neun dienten, erreichten nicht nur 27 in der Wehrmacht die Rangklasse der Generale. Auch 21 „Neuner“-Angehörige und Ehemalige gingen als Widerstandskämpfer des 20. Juli aus dem Regiment hervor. Damit war das Infanterieregiment Neun „die Einheit der deutschen Armee“, wie Axel von dem Bussche 1984 in einem Fernsehinterview sagte, „die mehr Offiziere aufgehängt, erschossen und in Gefängnissen gehabt hat als irgendeine andere Einheit“. Ein Vergleich wäre allenfalls mit dem Bamberger Reiter-Regiment 17 anzustellen, aus dem neben Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim noch drei weitere Angehörige des militärischen Widerstandes hervorgingen.

Die Bedeutung Potsdams für den militärischen Widerstand gegen Hitler ist umso erstaunlicher, als die Stadt in besonderem Maße durch eine Affinität zu Nationalismus und Militarismus geprägt zu sein schien. Die Bevölkerungsstruktur, die Gesamtatmosphäre, vor allem aber die Tradition als Residenz und Garnisonstadt ließen hier durchaus ein Bündnis zwischen Nationalsozialismus und monarchisch-konservativen Kräften erwarten. Der „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 besaß ja auch deshalb eine so hohe Symbolkraft, weil damit öffentlich demonstriert wurde, was viele untergründig ahnten: die Verschmelzung von Nationalsozialismus und Preußentum. Eine „Symbiose zweier Deutschland“ meinte darin auch der mitparadierende Hauptmann Henning von Tresckow zu erkennen, dessen zwei. Kompanie des Infanterie-Regiments Neun als Teil der Standorteinheit als

Ehrenformation am „Tag von Potsdam“ teilnahm. Hunderttausende, die jubelnd Spalier standen, konnten sich der Faszination ebenso wenig entziehen wie von Tresckow.

Um es deutlich zu sagen: Die Potsdamer und mit ihnen die „Neuner“ waren keine Widerständler von Anfang an. Die Wehrmacht und mit ihr das Infanterieregiment Neun gehörten zu den Säulen des nationalsozialistischen Regimes. Entsprechend dem Traditionsspruch des ersten Garde-Regiments zu Fuß „Semper Talis“ (Stets der Gleiche) fühlte man sich auch nach 1933 einem „ewigen Soldatentum“ verpflichtet. Ein junger Offizier fasste diese Haltung in den Worten zusammen:

„Wir wollten gegenüber dem neuen Staat genauso gute Soldaten sein wie einstmals die Garde gegenüber dem preußischen König, wir waren stolz auf die Tradition. Die Leibstandarte der SS verachteten wir. Ich ging ... zum Infanterieregiment Neun ..., um dem ‚Roi de Pruss‘ zu dienen. Ich war glücklich, dem politischen Betrieb an der Universität entronnen zu sein.“

Wie von diesem jungen Offizier, so wurde von vielen Wehrmachtsangehörigen manches am NS-Regime bekrittelt. Man machte sich über diesen oder jenen Naziführer lustig, nannte Göring einen „eitlen Hanswurst“ und Rudolf Heß ein „Mondkalb“. Aber politisch-moralische Grundsätze, die das Regime generell in Frage stellten, steckten kaum dahinter. Der „Führer“ genoss im Offizierkorps – auch bei den „Neunern“ in Potsdam – ungleich mehr Autorität und Wertschätzung als etwa seinerzeit der sozialdemokratische Präsident Friedrich Ebert. Die blutige Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten schon im Jahre 1933 war kein Gegenstand der Besorgnis. Viele nahmen sie nicht einmal zur Kenntnis. Auch Henning von Tresckow brauchte, wie Ekkehard Klaus in seinem Essay über „Preußische Soldatentradition und Widerstand“ bemerkt hat, „noch längere Zeit, sich von Hitlers Faszination zu befreien, als ungezählte namenlose Arbeiter, Liberale und Christen längst schon ihre Haut im Widerstand riskiert hatten. Diese Verspätung hat sicherlich weniger mit Tresckows Persönlichkeit zu tun als mit seiner Berufswelt“.

Die Basis der Zustimmung, die Hitler lange Zeit unter den Angehörigen der Reichswehr und später der Wehrmacht genoss, wurde nicht nur durch symbolische Akte – wie den „Tag von Potsdam“ oder das herausgekehrte Vertrauensverhältnis zum alten Hindenburg – erhalten, sondern auch durch die Abhalfterung der sogenannten „SA-Proleten“, die von der Reichswehrrführung ausdrücklich begrüßt wurde. Die Zustimmung wuchs sogar noch, als in der Phase der Aufrüstung zwischen 1935 und 1939 die militärische Elite gestärkt wurde und die Blitzsiege zwischen 1939 und 1941 Zweifel an der Moralität des NS-Regimes unterdrücken halfen.

Wie brüchig der Konsens zwischen der überwiegend adlig-agrarisch-traditionellen Elite in der Armee und der modernen, stark ideologisch geprägten, sich weit gehend auf unterbürgerliche Schichten stützenden Bewegung des Nationalsozialismus in Wirklichkeit war, zeigte sich indessen mit Beginn der Stagnation des Ostfeldzuges. Erste Zweifel in der Wehrmachtsspitze hatte Hitler 1938 noch brutal unterdrücken können, als Reichskriegsminister von Blomberg zum Rücktritt gezwungen und der Oberbefehlshaber des Heeres von Fritsch entlassen worden waren. Jetzt machte sich weithin Ernüchterung breit. Ein neuer Realismus, bei dem Stalingrad vielen als

Schlüsselerlebnis diente, wuchs sich mit zunehmender Dauer des Krieges zur Katastrophenstimmung aus. Nicht nur das NS-Regime, sondern Deutschland, das alte Reich standen nun auf dem Spiel.

Wer verantwortungsbewusst war, sich als Teil der alten Elite fühlte, spürte damit die Notwendigkeit, wenigstens das Schlimmste abzuwenden. Und wir wissen ja: Wäre der Umsturz am 20. Juli gelungen – die Hälfte aller Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges hätte überlebt. Außerdem: Die Beseitigung des NS-Regimes durch die Deutschen selber hätte einen politischen Unterschied gegenüber einer militärischen Eroberung durch die Alliierten bedeutet, der in seiner historischen Relevanz kaum hoch genug veranschlagt werden kann.

Die Ermordung des Diktators, der immer mehr als Verbrecher empfunden wurde, erschien den Widerständlern dabei 1943/44 als einzig gangbarer Weg. Nicht Putsch, nicht Staatsstreich war das Ziel, sondern der Umsturz eines Regimes, das durch einzigartige Verbrechen ein ganzes Volk in Schuld verstrickt hatte und mit dem eigenen Ende auch jeden Einzelnen in den Abgrund zu reißen drohte. Hitler, der lange Zeit anerkannte Führer, erschien nun als ein Hasardeur, der bedenkenlos das Schicksal der gesamten deutschen Nation aufs Spiel setzte, ja sogar das eigene Scheitern auf die Nation abwälzte und im darwinschen Sinne behauptete, wenn das deutsche Volk nicht in der Lage sei, sich im Kampf gegen seine Feinde zu behaupten, habe es seine Existenzberechtigung verloren. Der 20. Juli war in dieser Sicht der logische Endpunkt einer allmählichen Entfremdung und Auseinanderentwicklung zwischen der alten Traditionselite und der neuen nationalsozialistischen Bewegung, bei der es schließlich zum versuchten Attentat kaum noch eine Alternative – außer völliger Resignation und der Erwartung des gewaltsamen Endes von außen – gab.

Natürlich sind Verallgemeinerungen gerade bei einer Thematik wie der des Widerstandes problematisch. Widerstand ist kein Kollektiverlebnis, sondern in hohem Maße das Resultat individueller Entscheidung. Aber es ist auffällig, dass es sich bei den Offizieren und Beamten der Bewegung des 20. Juli in der großen Mehrzahl um Personen handelte, die – wie Ulrich Heinemann über Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg gesagt hat – „aus der Sphäre der Herrschaftsträger selbst“ stammten. Und hier ergibt sich wieder der Anknüpfungspunkt an Potsdam: In dieser Stadt des Adels und des Militärs mit konservativer und nationaler Grundhaltung finden sich genau die Eigenschaften, die den Geist des 20. Juli prägten. Oppositionelle der ersten Stunde wie Ewald von Kleist und Kurt Freiherr von Hammerstein stellten dabei die Ausnahme dar. Typisch war die gegenteilige Haltung, die die nationalsozialistische Politik zunächst begrüßte und Loyalität gegenüber dem NS-Regime praktizierte. Der Widerstand entwickelte sich erst in mehreren Stufen: von der bloßen Distanzierung bis zum aktiven Hochverrat. Der Weg in den Widerstand war dabei häufig keine Einbahnstraße, sondern glich eher einer Echternacher Springprozession. Die Teilidentität konservativer und nationalsozialistischer Ziele wirkte oft hemmend, während konservative Grundorientierungen, die mit dem verbrecherischen Charakter des Regimes nicht vereinbar waren, den Entfremdungsprozess förderten.

Noch bis 1938 hofften viele der späteren Regimegegner, die gemäßigten Gruppierungen in der NSDAP stärken und Korruption, Willkürherrschaft und die Auflösung des Rechtsstaats zurückdrängen zu können. Erst nach 1941 setzte sich

zunehmend die Überzeugung durch, dass eine Beseitigung des NS-Regimes und eine völlige Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig sei. Hans Karl Fritzsche berichtet in diesem Zusammenhang über eine Begegnung mit Graf von der Schulenburg 1943, mit dem er über die immer brutaleren Verbrechen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten sprach:

„Die Verbrechen waren keine gelegentlichen Ausschreitungen, sie waren System, und dieser angemaßte Führer mitsamt seinen Leuten war Verbrecher. Ihr Anspruch auf Führung des Reiches war illegal und illegitim. Wenn sie nicht zum Verschwinden gebracht würden, dann finis Germaniae.“

Schon am 21. November 1939 hatte der spätere General Hellmuth Stieff nach einem Besuch in Warschau seinen Abscheu und seine Empörung über die Vorgänge nach dem deutschen Einmarsch in Polen ausgedrückt:

„Die blühendste Phantasie einer Gräuelpropaganda ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber und Plündererbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht ... Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen“.

Leider sollte es noch lange dauern – zu lange, nämlich weitere fünf Jahre –, bis der Versuch zum Umsturz tatsächlich unternommen wurde. Bei aller Unterschiedlichkeit der einzelnen Widerständler waren es dabei immer wieder ähnliche Motive, die zur Beteiligung am Widerstand führten: die Erfahrungen über den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes, humanistisches Empfinden, Charakter, Zivilcourage und Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem deutschen Volk und der gesamten Menschheit. Noch vor dem Volksgerichtshof sagte Schwerin am 21. August 1944 zur Begründung seines Tuns: „Ich dachte an die vielen Morde.“

Der Widerstand resultierte damit aus moralischem Gewissen sowie individueller und politischer Verantwortung ebenso wie aus militärischer Einsicht und Vernunft. Leider war dem „Aufstand des Gewissens“ kein Erfolg beschieden. Das Attentat auf Hitler schlug fehl. Das Morden ging weiter.

Doch, so ist zu fragen, war der 20. Juli deshalb auch vergeblich – nur weil Hitler überlebte?

Ich zögere, hier eine rasche Antwort zu geben. Allein der Respekt vor den vielen Millionen Menschen, die nicht mehr hätten geopfert werden müssen, wenn der Krieg früher beendet worden wäre, gebietet es, den Misserfolg der Ermordung Hitlers auch als solchen zu bezeichnen. Dennoch war das Wagnis des 20. Juli 1944 keineswegs vergeblich, sondern überaus notwendig und sinnvoll. Vielleicht, ja gewiss hätte der Anschlag viel früher unternommen werden müssen. Vielleicht, ja gewiss hätte man ihn mit noch größerer Präzision und Entschlossenheit ausführen können – etwa durch die Selbstopferung eines Offiziers. Major Axel Freiherr von dem Bussche-Streithorst hatte sich dafür ja als lebende Bombe zur Verfügung gestellt. Aber unabhängig von solchen Überlegungen ist allein die Tatsache, dass der Aufstand gewagt wurde, für uns ein bleibendes Vermächtnis. Dies gilt in zweifacher Hinsicht:

1. In einem engeren Sinne ist der 20. Juli 1944 ein Beleg dafür, dass nicht nur die deutsche Linke, sondern auch die alte national-konservative Elite des deutschen Volkes schließlich zum Aufstand gegen Hitler bereit und in der Lage war. Das anfängliche Bündnis zwischen dem Nationalsozialismus und dem national-konservativen Lager zerbrach damit unwiderruflich – übrigens mit weit reichenden Konsequenzen für die Geschichte Nachkriegsdeutschlands, denn die Gründung der CDU erfolgte in bewusster Abgrenzung zu früheren Traditionen bürgerlich-christlich-konservativer Parteien als Neuschöpfung einer überkonfessionellen, liberal-konservativen Sammlungsbewegung und nicht als ideologisch bestimmte Weltanschauungspartei mit nationalistischen Akzenten.

2. In einem weiteren Sinne war der 20. Juli 1944 jedoch auch ein Beleg für die Verantwortung des Militärs in der Gesellschaft, die nicht leichtfertig, sondern nach langen Überlegungen und Erörterungen und unter großen inneren Spannungen und Anstrengungen wahrgenommen wurde. Der 20. Juli hat bewiesen, dass die Behauptung des Primats der Politik kein Freifahrtschein für Verbrechen ist; und er hat zugleich bewiesen, dass die Wahrnehmung politischer Verantwortung durch das Militär in engem Zusammenwirken mit Politikern und Diplomaten als letztes Mittel, der Gewissensnot Herr zu werden, sogar im Falle des Scheitern positive Signale aussenden kann.

Die Frage, die an dieses Vermächtnis des 20. Juli anknüpft, ist jedoch, unter welchen Bedingungen Widerstand gerechtfertigt ist bzw. was getan werden kann, um Politiker, Diplomaten, Militärs – Staatsbürger überhaupt – auf Entscheidungssituationen vorzubereiten, in die die Beteiligten des 20. Juli vor mehr als fünf Jahrzehnten gestellt waren.

Die Bedingungen für eine Anwendung des Widerstandsrechts lassen sich sicherlich nur im Einzelfall klären. Zu warnen ist jedoch vor einem vorschnellen Umgang mit diesem Recht. Wer es allzu oft, unüberlegt oder in politischer Absicht beschwört, betreibt seine Zerstörung. Das ist gewiss nicht die Botschaft des 20. Juli. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass man es sich damals so schwer gemacht hat, dass bei vielen bis zum Schluss noch Zweifel blieben, ob man beispielsweise den Eid auf den Führer brechen dürfe, belegt die Seriosität der damals Handelnden, an der sich manche, die sich heute leichthin auf das Widerstandsrecht berufen, ein Beispiel nehmen sollten. Mit einer inflationären Anwendung dieses Rechts wäre niemandem gedient. Gerade weil es als letzte Zuflucht erhalten bleiben muss, wäre seine Entwertung fatal.

Genau umgekehrt verhält es sich dagegen mit der Verpflichtung, die aus dem Erbe des 20. Juli für die Prävention von Diktatur und Tyrannei und für die Vorbereitung auf Entscheidungssituationen betrifft. Hier können wir gar nicht genug tun. Die Bewahrung einer auf Humanität gegründeten demokratischen Gesellschaft und eines freiheitlichen Rechtsstaates muss dabei oberste Priorität haben. Denn damit entsprechen wir nicht nur in hohem Maße den Werten, deren Verwirklichung von den Beteiligten des 20. Juli angestrebt wurde, sondern wir leisten auch einen entscheidenden Beitrag zur Verhinderung jener verbrecherischen Rechtlosigkeit, die mit dem Hitler-Regime in Deutschland Einzug gehalten hatte. Ohne dieses Rechtsvakuum wäre der 20. Juli nicht nötig gewesen. Nicht zufällig war die Wiederherstellung des Rechtsstaates – neben der Abwendung einer militärischen

und politischen Katastrophe – ein zentrales Anliegen des Aufstandes gegen Hitler. In Potsdam sollten wir diese Verpflichtung besonders deutlich verspüren. Zwar sind die soziologischen und politischen Bedingungen der Zeit vor 1945 hier nicht mehr gegeben und auch nicht wiederherstellbar. Potsdam ist nicht länger die Stadt des Adels und auch nicht mehr eine Stadt, in der das Militär die Szene beherrscht. Manche mögen das bedauern. Richtig ist aber auch, dass der Geist von Potsdam, seine Tradition und Grundorientierung weiterleben. Aus dieser Vergangenheit, die in die Gegenwart fortwirkt, ergibt sich die Aufgabe, historische Kontinuitäten und Brüche richtig zu erkennen, zu bewerten und daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

In Bezug auf die Rolle des Militärs in der Gesellschaft sind wir dabei, so meine ich, auf einem guten Wege. Das Militärgeschichtliche Forschungsamt, das sich in den vergangenen Jahren in Freiburg intensiv der Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges gewidmet hat und sich nun in Potsdam der Entwicklung der beiden deutschen Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen zuwendet, wird dazu gewiss einen hervorragenden Beitrag leisten. Gleiches erhoffen wir uns vom Lehrstuhl für Militärgeschichte im Historischen Institut der Universität Potsdam. Und auch das IV. Korps nimmt durch seine öffentlichkeitswirksame Arbeit eine politische Rolle wahr, die dem Geist des 20. Juli in vollem Umfang gerecht wird. Dass dies außerdem noch in einer Kaserne geschieht, die den Namen Henning von Tresckows trägt, macht das Bild vollkommen. Offenbar nimmt man das Vermächtnis und die Verpflichtung, die der 20. Juli uns allen auferlegt hat, in Potsdam tatsächlich sehr ernst. Das stimmt zuversichtlich. So war der 20. Juli doch auch in dieser Hinsicht nicht vergebens.